

Workshop Demographischer Wandel und Perspektiven ostdeutscher Hochschulen Leipzig, 17. April 2013

Demographischer Wandel:
Rahmenbedingungen für die
ostdeutschen

Hochschulen am Beispiel M-V

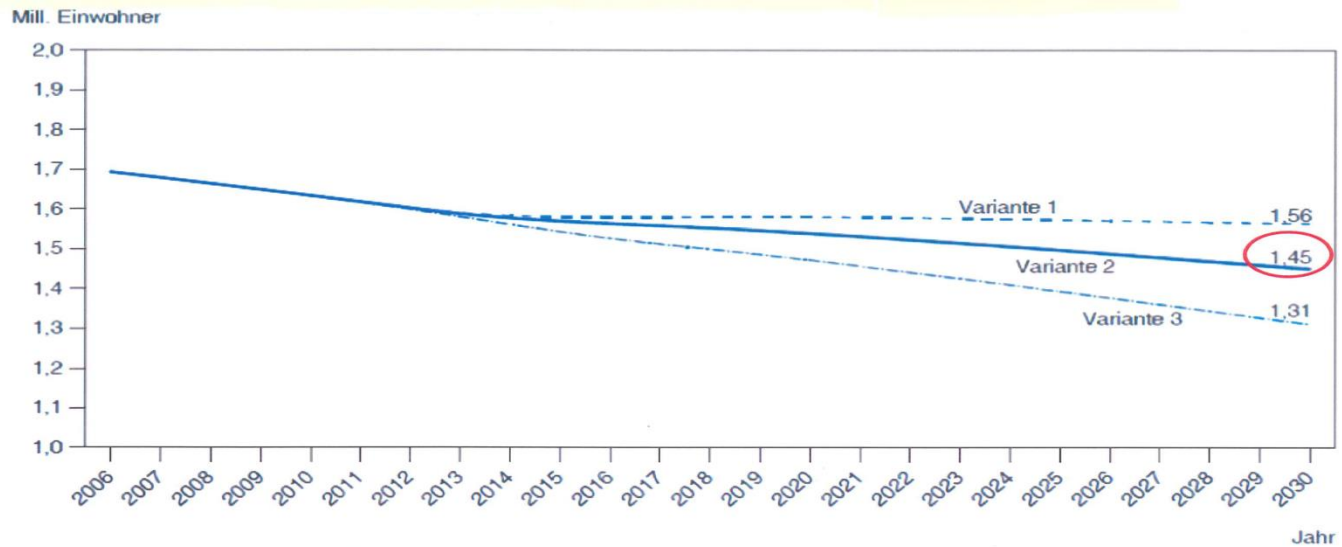
Dr. Thomas Behrens, Bildungsministerium

Mecklenburg-Vorpommern

Gliederung

- 1. Demographische Entwicklung in MV
 - 1.1. Regionale Bevölkerungsentwicklung
 - 1.2. Hochschulentwicklung in Zahlen
- 2. Finanzpolitische Entwicklung in Ostdeutschland
- 3. IMAG „Demographischer Wandel“
- 4. Konsequenzen für den Hochschulbereich
 - 4.1. Landespersonalkonzept
 - 4.2. Hochschulpakt
 - 4.3. Zielvereinbarungen
- 5. Zusammenarbeit Wissenschaft und Wirtschaft
- 6. Fazit

Bevölkerungsentwicklung in MV

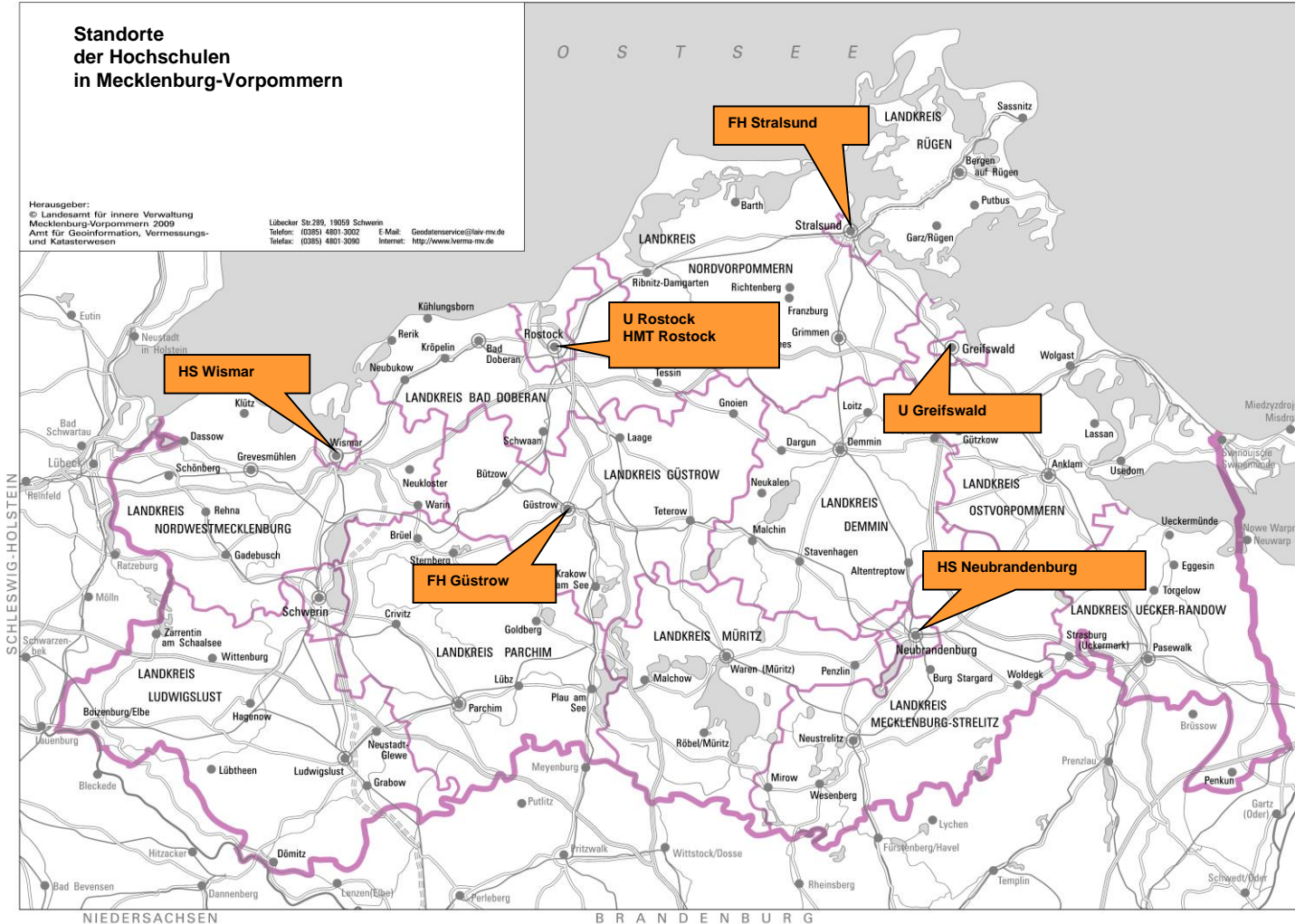


Quelle: Statistisches Amt Mecklenburg-Vorpommern, Statistische Hefte, 1/2009

Standorte der Hochschulen in Mecklenburg-Vorpommern

Herausgeber:
© Landesamt für innere Verwaltung
Mecklenburg-Vorpommern 2009
Amt für Geoinformation, Vermessungs-
und Katasterwesen

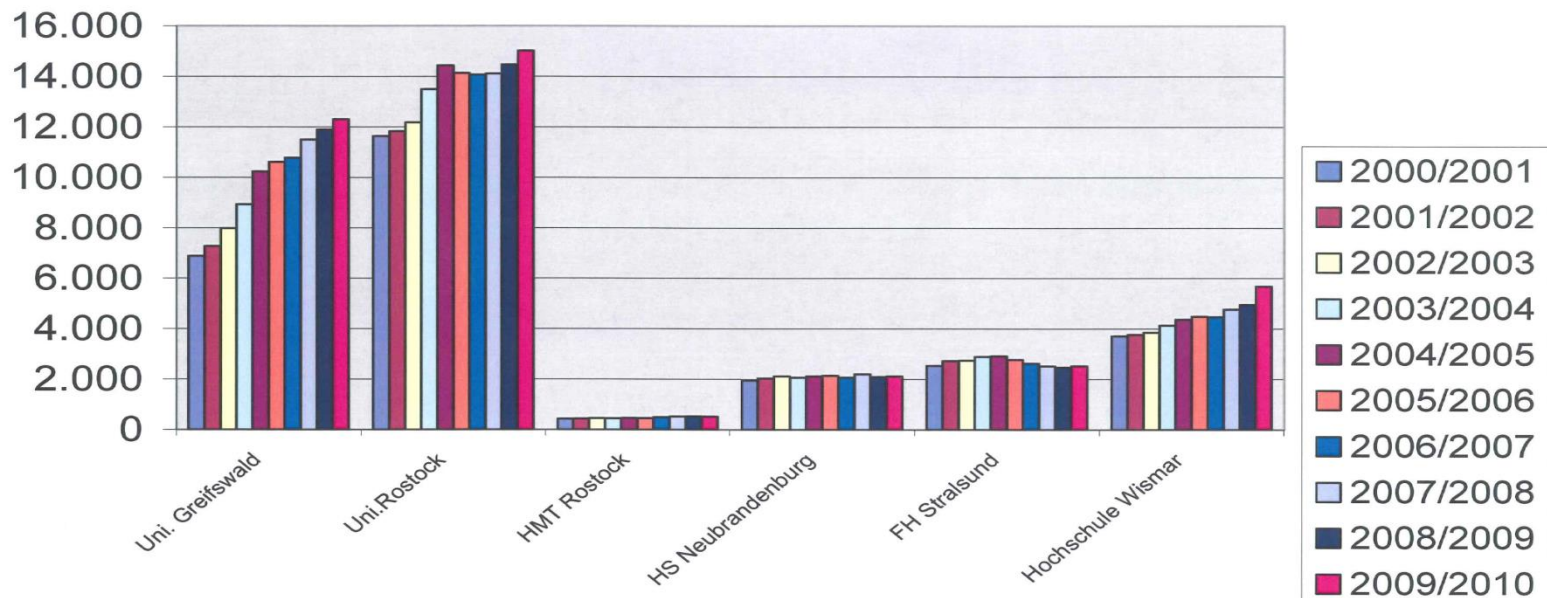
Lübecker Str. 289, 19059 Schwerin
Telefon: (0385) 4801-3002 E-Mail: Geodatenservice@lav.mv.de
Telefax: (0385) 4801-3090 Internet: http://www.lav.mv.de



Hochschulen:

- Universität Greifswald
- Universität Rostock
- Hochschule Neubrandenburg
- Fachhochschule Stralsund
- Hochschule Wismar
- Fachhochschule für öffentliche Verwaltung, Polizei und Rechtspflege Güstrow

Entwicklung der Anzahl der Studierenden an den Hochschulen in M-V



Frankfurter Allgemeine
vom 28.03.2013

Weitere Einschnitte bei Polizei, Schulen und Hochschulen Schwarz-Rot in Sachsen-Anhalt plant rigorosen Sparkurs / Minister: Nach Notruf wird es höchstens 25 Minuten dauern, bis Streife eintrifft

vL. HALLE/MAGDEBURG, 27. März. Die Polizei in Sachsen-Anhalt soll zum zweiten Mal innerhalb von sechs Jahren umgebildet und gestrafft werden. Die Landesregierung will Sparvorgaben durchsetzen, die aufgrund der schlechten Finanzlage und des Bevölkerungsschwundes nötig sind. Finanzminister Jens Bullerjahn (SPD) hatte die Kürzungen für den Haushaltsplan des kommenden Jahres und die mittelfristige Finanzplanung, die bis in die nächste Wahlperiode hineinreicht, durchgesetzt. Gemeinsam mit Ministerpräsident Reiner Haseloff (CDU) hat er die Minister auf Sparvorgaben verpflichtet vor allem bei Polizei, Hochschulen und Schulen. Innenminister Holger Stahlknecht (CDU) informierte am Dienstagabend in Halle an der Saale Bürgermeister, Landräte und Polizisten über die Polizeireform. Bürgermeister und Leiter von Ordnungsämtern fragten, was die geplante Ausdünnung für die Sicherheit auf den Dörfern heiße.

Die Landesregierung begründet die Reform mit der Bevölkerungsentwicklung. In zwölf Jahren werde Sachsen-Anhalt mit 1,9 Millionen Bewohnern innerhalb eines Dritteljahrhunderts um mehr als ein Drittel geschrumpft sein. Zudem

muss es seine Schulden, mehr als zwanzig Milliarden Euro seit 1990, abbauen. Im Jahr 2019 laufen Solidarmittel des Bundes aus, jene der EU sinken. Mit dem zur Wochenmitte in Magdeburg vereinbarten 40-Punkte-Programm des Kabinetts werden die Mittel aller Ressorts gekürzt. Schon in diesem Jahr will das Land seine Verschuldung senken. Schon seit Jahren kürzt Sachsen-Anhalt Personal durch Strukturreformen: Aus 37 Landkreisen wurden elf, aus 857 Kommunen 220. 1742 Schulen wurden auf 930 zurückgeführt, nun geht es weiter. Aus acht Haftanstalten wurden drei, aus 21 Finanzämtern vierzehn. Nun wird stärker als zuvor auch bei Polizei und Hochschulen gekürzt.

Sachsen-Anhalt gibt jährlich 170 Euro je Einwohner für die Polizei aus und liegt damit nach Mecklenburg-Vorpommern unter den neuen Ländern an zweithöchster Stelle. Sollte der Bestand auf das Niveau des Nachbarlandes Niedersachsen fallen, entfielen „sofort“ 1461 Stellen, 73 Millionen Euro würden jährlich gespart. Finanzminister Bullerjahn sagt, sein Land habe kein Einnahmeproblem, sondern gebe zu viel aus. Bei der Gesamtverschuldung von Land und Kommunen liegt Sachsen-Anhalt deutlich über den

anderen vier neuen Ländern – verglichen mit Sachsen auf dem Fünffachen.

Deshalb will Innenminister Stahlknecht nun rund 70 Polizeistationen auf dem Land schließen. Neben CDU und SPD billigen auch die oppositionellen Grünen das. Zusätzlich zu den Revierstationen soll eine Leitungsebene wegfallen. Derzeit gibt es 8400 Polizeiangehörige; 2020 sollen es 5777 sein. Stahlknecht erläutert in Halle zwei Modelle. Deren finanzielle Auswirkungen werden bis zur entscheidenden Kabinettsklausur Ende Mai errechnet. Polizeidirektionen in den drei Oberzentren Magdeburg, Halle und Dessau-Roßlau sollten, so der von der CDU favorisierte weitergehende Vorschlag, zu einer einzigen Landespolizeibehörde zusammengeschlossen werden. Die SPD befürwortet eine etwas sanftere Lösung: Danach wird nur die Polizeidirektion Dessau geschlossen. Stahlknecht will Präsenz auf dem Lande durch Gemeindepolizisten und Funkstreifen sichern. In Gemeindezentren würden Kontaktbeamte zu bestimmten Zeiten erreichbar sein und sich sonst auf den Straßen zeigen. Bei einem Notruf werde es allenfalls, sichert der Minister zu, 20 bis 25 Minuten dauern, bis die Streifen vor Ort sind.

Saarbrücker Zeitung vom 26.03.2013

Saarbrücker Zeitung 

Ressort: Gesamtausgabe
Quellrubrik: Spezial / Uni-Seite
Ausgabe: Gesamtausgabe

Auflage: 146.449 (verbreitet)
Reichweite: 0,49 (in Mio.)

Das Saarland profitiert von seiner Uni

Forscher der Hochschule untersuchen die wirtschaftlichen Effekte der Saar-Uni und ihre Bedeutung für das Land

189 Millionen Euro erhält die Saar-Uni jährlich als Landeszuschuss. Dieses Geld ist gut angelegt, zeigt nun eine Studie des Saarbrücker Soziologie-Professors Eike Emrich. Das Saarland profitiere finanziell in weit größerem Ausmaß von seiner Uni.

Von SZ-Redakteur Peter Bylde

Saarbrücken. Wie viel Universität braucht das Saarland? Mehr. So lautet in einem Wort zusammengefasst die Antwort einer Studie des Saarbrücker Ökonomen und Soziologen Professor Eike Emrich, des Centrums für Evaluation (Ceval) und der Kooperationsstelle Wissenschaft und Arbeitswelt. Die Forscher begutachteten ihre Uni in einer von der Arbeitskammer finanzierten Studie aus ungewöhnlicher Perspektive. Es ging nicht um die Meriten der Uni in der Forschung oder die Qualität ihrer Lehre, sondern um "Saarländische Studierende als ökonomische Standortfaktoren".

Eike Emrich, Wolfgang Meyer und Freya Gassmann vom Centrum für Evaluation untersuchten die Rolle der Saar-Uni als Wirtschaftsfaktor im Saarland und befragten in der seit Ende 2011 laufenden Erhebung fast 1900 Studenten sowie 60 Unternehmer und Verbandsvertreter. Ihre Studie ist damit die umfassendste Erhebung von Studentendaten der Saar-Uni. Die Auswertung ist noch nicht vollständig abgeschlossen, grundsätzlich sei aber bereits jetzt klar, so Eike Emrich, dass die Saar-Uni dem Land "in der Gesamtschau mehr bringt als sie kostet".

Die Saar-Universität erhält derzeit einen jährlichen Landeszuschuss von 189 Millionen Euro und warb im vergangenen Jahr 73,4 Millionen Euro an Drittmitteln ein. Sie wappnet sich derzeit für schwierige Verhandlungen über ihren künftigen Globalhaushalt, bei denen bereits klar ist, dass der Landeszu-

schuss im besten Fall unverändert bleiben soll. Emrich beklagt nun, dass die politische Diskussion der Hochschulfinanzien in der Vergangenheit zu sehr auf die Ausgaben für die einzige Universität des Bundeslandes fokussiert gewesen sei. Der Gewinn, den das Land unmittelbar und auf längere Sicht aus der Uni ziehe, sei weit höher. Die Ergebnisse der Studenten-Umfrage zeigten, dass bereits die 18 500 Studenten der Saar-Uni als Konsumenten eine beachtliche Größe darstellen. Ihre direkten Ausgaben für die Lebenshaltung erreichten jährlich 82 Millionen Euro. Berücksichtigt man die Uni-Drittmittel, die Kaufkraft und das Steueraufkommen von über 5500 Mitarbeitern vom Azubi bis zum Professor, ergäben sich Umsatz- und Steuereffekte von zusammen 450 Millionen Euro pro Jahr. Der Betrag stelle natürlich nur eine Schätzung dar, die je nach verwendetem Rechenmodell deutlich schwanken könne, räumt der Soziologe ein. Klar sei aber auch: Die Saarland-Bilanz sei bei allen Variationen positiv.

Die Saar-Universität sei in der Vergangenheit "zu zurückhaltend in der Darstellung ihrer Leistungen" gewesen, kritisiert Emrich. Denn die Hochschule spiele über die kurzfristigen Haushalts-Effekte hinaus auch eine wichtige Rolle fürs Image des Saarlands. Sie übe wie keine zweite Einrichtung eine Sogwirkung auf junge, hochqualifizierte Menschen außerhalb des Landes aus. Sie ist keine reine Regional-Uni mehr, nur die Hälfte ihrer 18 500 Studenten sind Saar-

länder. Damit entwickle die Universität eine siebenmal höhere Anziehungskraft als die Hochschule für Technik und Wirtschaft.

Viele der Uni-Absolventen, könnten sich vorstellen nach dem Studium in der Region zu bleiben. Wie viele nach dem Studium tatsächlich einen Arbeitsplatz im Saarland finden, soll eine ergänzende Analyse zeigen, die derzeit unter der Leitung des Saarbrücker BWL-Professors Ashok Kaul läuft.

Das Saarland könne es sich im Wettbewerb der Bundesländer um den akademischen Nachwuchs nicht leisten, viele junge, gut ausgebildete Menschen, die später im Berufsleben überdurchschnittlich verdienen und überdurchschnittlich Steuern zahlen werden, ziehen zu lassen, so Emrich.

Aus Sicht der Wirtschaft, das zeigten die Interviews mit Unternehmern, werde die Saar-Uni schließlich als überzeugendes Kriterium für die Eigenständigkeit des Landes wahrgenommen. Das kleine Saarland profitiere damit in jeder Hinsicht von einer international wirkenden und regional starken Universität. Falls Kürzungen in den Hochschulhaushalten tatsächlich unvermeidlich sein sollten, sei es angesichts der vielfältigen Hochschullandschaft des Saarlands eher geraten, an der Peripherie zu sparen als in ihrem Zentrum, so Emrich. *Foto: uds "Die Saar-Uni bringt dem Land mehr als sie kostet." Professor Eike Emrich*

Kategorien: Hochschule, Wissenschaft

© PMG Presse-Monitor GmbH

**Ich danke für Ihre
Aufmerksamkeit!**

